

Steinbrücks Griff in Ihren Geldbeutel

Steuern rauf, Vermögensteuer her, Ehegattensplitting und Freibeträge für die Kindererziehung weg. Der Bund der Steuerzahler hat nachgerechnet und kommt zum Ergebnis: Steinbrück und Rot-Grün planen einen tiefen Griff in die Geldbeutel der Bürger.

- Rot-Grün will den Spitzensteuersatz für die Einkommensteuer auf 49 Prozent erhöhen. Die SPD gibt an, ab 100.000 Euro pro Jahr für Singles zusätzlich abzukassieren, die Grünen wollen dies bereits ab 80.000 Euro. Wahr ist: Durch die Verschiebung des Steuertarifs wären schon deutlich kleinere Einkommen betroffen. Mit Zusatzbelastungen muss rechnen, wer mehr als 64.000 Euro (SPD) bzw. 54.000 (Grüne) jährlich verdient. Der Steuerzahlerbund rechnet mit Belastungen von bis zu sechs Milliarden Euro.
- Rot-Grün will das bewährte Ehegattensplitting streichen. Bei Paaren mit 50.000 Euro Jahreseinkommen drohen zusätzliche Steuerbelastungen zwischen 8.662 und 13.553 Euro.
- Die SPD will den Freibetrag für den Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf von Kindern abschaffen. Damit würden Familien mit einem Einkommen über 65.000 Euro belastet. Momentan beträgt der Freibetrag 2.640 Euro.
- Rot-Grün will die Vermögensteuer wieder einführen. Damit sollen jährlich 11,5 Milliarden Euro eingenommen werden. Doch bezahlen müssen auch kleine und mittlere Unternehmer, wenn sie betriebliche Rücklagen bilden. Die Steuer gefährdet Arbeitsplätze und belastet am Ende Mieter, Angestellte und Verbraucher.

Der rot-grüne Steuerhammer trifft hart arbeitende Menschen, Familien und Betriebe. SPD und Grüne gefährden mit ihren Plänen Arbeitsplätze und den Aufschwung in Deutschland.

Die Mitte.

CDU